**Wohnungsgeberbestätigung (§ 19 Abs. 3 Bundesmeldegesetz)**

Zur Vorlage bei der Meldebehörde

Angaben zum **Wohnungsgeber**

Familienname:

Vorname:

bei einer juristischen Person
deren Bezeichnung:

Anschrift

Postleitzahl:

Ort:

Straße:

Hausnummer
(einschließlich Adressierungszusätze):

Angaben zum **Eigentümer der Wohnung**

(nur auszufüllen, wenn dieser nicht selbst Wohnungsgeber ist [§ 3 Absatz 2 Nummer 10 Bundesmeldegesetz] oder die Immobilie vom Eigentümer selbst bezogen wird)

Familienname:

Vorname:

bei einer juristischen Person
deren Bezeichnung:

Anschrift

Postleitzahl:

Ort:

Straße:

Hausnummer
(einschließlich Adressierungszusätze):

Gegebenenfalls weitere Eigentümer:

Familienname:

Vorname:

bei einer juristischen Person
deren Bezeichnung:

Anschrift

Postleitzahl:

Ort:

Straße:

Hausnummer
(einschließlich Adressierungszusätze):

 [x]  Einzug / Datum des Einzugs:

 [ ]  Auszug / Datum des Auszugs:

Anschrift der Wohnung

 [x]  in die eingezogen oder

 [ ]  aus der ausgezogen

wird.

Postleitzahl:

Wohnort:

Straße:

Hausnummer:

Zusatzangaben (z. B. Stockwerks- oder Wohnungsnummer):

Folgende Person/Personen ist/sind in die angegebene Wohnung ein- bzw. ausgezogen:

Familienname:

Vorname:

Familienname:

Vorname:

Familienname:

Vorname:

Familienname:

Vorname:

Familienname:

Vorname:

Familienname:

Vorname:

Familienname:

Vorname:

Datum, Unterschrift des Wohnungsgebers oder des Wohnungseigentümers (nur bei Eigennutzung)

Angaben zu der **vom Wohnungsgeber beauftragten Person**

Familienname:

Vorname:

bei einer juristischen Person
deren Bezeichnung:

Anschrift

Postleitzahl:

Ort:

Straße:

Hausnummer
(einschließlich Adressierungszusätze):

\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_\_
Datum, Unterschrift der vom Wohnungsgeber beauftragten Person
Auf Seite 2 ist ein Ankreuzfeld zur Klarstellung im Falle der Eigennutzung durch die Eigentümer über dem Adressfeld einzufügen. Text:
„“
Es ist verboten, eine Wohnungsanschrift für eine Anmeldung anzubieten oder zur Verfügung
zu stellen, wenn ein tatsächlicher Bezug der Wohnung weder stattfindet noch beabsichtigt
ist. Ein Verstoß gegen dieses Verbot stellt eine Ordnungswidrigkeit dar und kann mit einer
Geldbuße bis zu 50.000 Euro geahndet werden. Das Unterlassen einer Bestätigung des Ein- oder Auszugs sowie die falsche oder nicht rechtzeitige Bestätigung des Ein- oder Auszugs
können als Ordnungswidrigkeiten mit Geldbußen bis zu 1.000 Euro geahndet werden.